

Beschlussprotokoll

23. Sitzung – Ausschuss für Europa, Internationales und Entbürokratisierung

24. September 2026 – 11:00 bis 11:35 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Anna Nguyen (AfD)

CDU

Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Peter Franz
Hartwig Jourdan
Christoph Mikuschek
Kim-Sarah Speer
Tobias Utter

AfD

Andreas Lichert
Christian Rohde

SPD

Karina Fissmann-Renner
Stephan Grüger
Matthias Körner

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martina Feldmayer
Jürgen Frömmrich
Mirjam Glanz

Freie Demokraten

Dr. Matthias Büger

Weitere Anwesende:

Staatssekretärin Karin Müller, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.



Öffentlicher Teil

1. Frühwarndokumente TOP A: ohne Beratung

- a) **Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinien 2003/49/EG, 2009/133/EG, 2011/96/EU, (EU) 2016/1164, (EU) 2017/1852 und (EU) 2025/50 im Hinblick auf die Vereinfachung des Unionsrahmens für direkte Steuern und die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der EU –COM(2026) 560 final**

Fristbeginn: 01.09.2026 Fristende: 27.10.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Matthias Körner

- b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG hinsichtlich angepasster Werte für die Wärme- und Brennstoff-Benchmarks für den Zeitraum 2026-2030 -COM(2026) 619 final**

Fristbeginn: 14.09.2026 Fristende: 09.11.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Christoph Mikuschek

- c) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) 2015/757 und (EU) 2023/1805 zur Vereinfachung und Straffung der Überwachung, Berichterstattung und Prüfung und zur Angleichung an das überarbeitete EU-Emissionshandelssystem –COM(2026) 620 final**

Fristbeginn: 14.09.2026 Fristende: 09.11.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Christian Rohde



- d) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/87/EG und des Beschlusses (EU) 2015/1814 im Hinblick auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und einer kosteneffizienten Dekarbonisierung –COM(2026) 616 final**

Fristbeginn: 14.09.2026 Fristende: 09.11.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Stefan Schneider

- e) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1727 -COM(2026) 570 final**

Fristbeginn: 14.09.2026 Fristende: 09.11.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Kim-Sarah Speer

- f) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol), zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1726 und der Verordnung (EU) 2024/982 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2016/794 –COM(2026) 580**

Fristbeginn: 14.09.2026 Fristende: 09.11.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Tobias Utter



- g) Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Erneuerung einer Aktion der Europäischen Union für die „Kulturhauptstädte Europas“ im Zeitraum 2024 bis 2047 und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 445/2014/EU –COM(2026) 455**

Fristbeginn: 10.09.2026 Fristende: 05.11.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Dr. Ralf-Norbert Bartelt

- h) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (Neufassung) – COM(2026) 308**

Fristbeginn: 14.09.2026 Fristende: 09.11.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Dr. Matthias Büger

Beschluss zu Punkt 1 A a) bis h):

EUA 21/23 – 24.09.2026

Die Vorhaben enthalten keine Subsidiaritätsrelevanz und werden für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(einstimmig, Enthaltung AfD)



TOP B: mit Beratung

- a) **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen und die Europäische Fernteilnahmeanordnung (Neufassung) –COM(2026) 313 final**

Fristbeginn: 01.09.2026 Fristende: 27.10.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Stephan Grüger

Beschluss:

EUA 21/23 – 24.09.2026

Das Vorhaben enthält keine Subsidiaritätsrelevanz und wird für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Zuvor wurde der Beschlussvorschlag der AfD-Fraktion (siehe Anlage) abgelehnt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

- b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/943 im Hinblick auf zukunftsichere Stromrechnungen in der Union durch Senkung der Systemkosten und Förderung der Elektrifizierung und Digitalisierung –COM(2026) 600 final**

Fristbeginn: 02.09.2026 Fristende: 28.10.2026

Plenum BR: vorauss. 16.10.2026

Berichterstattung: Andreas Lichert

Beschluss:

EUA 21/23 – 24.09.2026

Das Vorhaben enthält keine Subsidiaritätsrelevanz und wird für den Hessischen Landtag für erledigt erklärt.



(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Zuvor wurde der Beschlussvorschlag der AfD-Fraktion (siehe Anlage) abgelehnt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Vor den Beschlüssen zur Subsidiarität wurde auf Antrag der AfD-Fraktion folgender Beschluss gefasst:

Die Präsidentin wird gebeten, das Vorhaben zur inhaltlichen Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen im Rahmen des Verfahrens zur Behandlung von EU-Angelegenheiten zu überweisen.

(AfD – Enthaltung CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Hinweis: Im Intranet finden die Berechtigten alle Dokumente im [Infopoint Europa](#) -> Offene Vorgänge.

Direkter Zugriff auf EU-Dokumente auch unter Angabe der jeweiligen COM-Nummer auf [EUR-Lex COM-Dokumente](#)

2. Große Anfrage

Anna Nguyen (AfD), Christian Rohde (AfD), Andreas Lichert (AfD), Klaus Gagel (AfD), Olaf Schwaier (AfD) und Dr. Frank Grobe (AfD)

Der „Bürokratie-Melder“ der Staatskanzlei Hessen: Eine kritische Evaluation von Prozessoptimierung, Stakeholder-Integration und evidenzbasierter Reformsteuerung
– Drucks. [21/4560](#) zu Drucks. [21/3669](#) –

Beschluss:

EUA 21/23 – 24.09.2026

Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt und erst wieder mit der Beratung des Gesetzentwurfs für ein Zweites Bürokratieabbaugesetz aufgerufen.



Nicht öffentlicher Teil

- 3. Antrag**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sämtliche unnötigen Berichts-, Dokumentations- und Aufbewahrungsfristen abschaffen – Bürokratieabbau spürbar voranbringen
– Drucks. [21/4556](#) –

Beschluss:

EUA 21/23 – 24.09.2026

Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt und erst wieder mit der Beratung des Gesetzentwurfs für ein Zweites Bürokratieabbaugesetz aufgerufen.

- 4. Dringlicher Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Bürokratieabbau ernst nehmen – Beweislast umkehren, Förderbürokratie reduzieren und Sunset-Klauseln schärfen
– Drucks. [21/4614](#) –

Beschluss:

EUA 21/23 – 24.09.2026

Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt und erst wieder mit der Beratung des Gesetzentwurfs für ein Zweites Bürokratieabbaugesetz aufgerufen.



- 5. Antrag**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Prävention statt Prämien – EU-Gelder für wirksamen
Hochwasserschutz einsetzen
– Drucks. [21/5243](#) –

LUA, EUA

Beschluss:

EUA 21/23 – 24.09.2026

Der Ausschuss für Europa, Internationales und Entbürokratisierung empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, AfD gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung Freie Demokraten)

- 6. Bericht der Landesregierung über Europaangelegenheiten**

Beschluss:

EUA 21/23 – 24.09.2026

Der Europaausschuss hat den Bericht der Landesregierung entgegengenommen und besprochen.

7. Verschiedenes

Informationsreisen

Wiesbaden, 24. September 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Dr. Ute Lindemann

Anna Nguyen

Anlage

Anlage: Beschlussempfehlungen der AfD-Fraktion

Beschlussempfehlung zu COM (2026) 313:

COM (2026) 313 schlägt die Neufassung der Richtlinie 2014/41/EU über die Europäische Ermittlungsanordnung sowie gemeinsame Regeln für grenzüberschreitende Fernteilnahme an Strafverhandlungen vor. Ziel sind einheitlichere und schnellere Verfahren insbesondere bei Beweisverwendung und -weitergabe, Telekommunikationsüberwachung, Observation, technischen Aufzeichnungsgeräten und Videokonferenzen sowie eine erleichterte Fernteilnahme bei Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat oder legitimen Reisehindernissen. Rechtsgrundlage ist Art. 82 Abs. 1 AEUV (justizielle Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in Strafsachen); die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen fällt nach Art. 4 Abs. 2 lit. j AEUV in die geteilte Zuständigkeit. Die Kommission verweist auf Art. 47, 48 und 52 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) sowie den Schutz von fairem Verfahren, Verteidigungsrechten und persönlicher Anwesenheit. Während eine unionsweite Regelung grenzüberschreitender Beweiserhebung grundsätzlich sachgerecht erscheint, ist für die Fernteilnahme nicht hinreichend dargelegt, weshalb nationale oder zwischenstaatliche Lösungen nicht ausreichen. Die Unione delle Camere Penali Italiane (UCPI), der italienische Dachverband der Strafverteidiger, warnt vor einer Schwächung gerichtlicher Kontrolle und Verteidigungsrechte durch beschleunigte Ermittlungen und erleichterte Beweisweiterverwendung; persönliche Anwesenheit, rechtliches Gehör und vertrauliche, unmittelbare Verteidigerkommunikation müssten gewährleistet bleiben. Zudem besteht ein Spannungsverhältnis zur Richtlinie (EU) 2016/343, die das Recht auf Anwesenheit schützt. Entscheidend ist daher, ob Fernteilnahme eine tatsächlich gleichwertige und effektive Verfahrensbeeteiligung ermöglicht. Der Landtag empfiehlt der Landesregierung, im Bundesrat kritisch-analytisch zu den Subsidiaritätsbedenken Stellung zu nehmen, die UCPI-Argumente zu prüfen und COM (2026) 313 einer Subsidiaritätsbeobachtung zu unterstellen.

Beschlussempfehlung zu COM (2026) 600:

COM (2026) 600 ist ein Verordnungsvorschlag zur Änderung der Elektrizitätsbinnenmarktverordnung (EU) 2019/943, der auf eine strukturelle Weiterentwicklung des europäischen Strommarktdesigns zielt und insbesondere eine stärkere unionsweite Harmonisierung der Netzentgelt-Methodiken, eine kosten- und verursachungsgerechtere Inanspruchnahme der Stromnetze sowie eine effizientere Integration von Elektrifizierung, Digitalisierung und flexiblen Verbrauchs- und Erzeugungsformen vorsieht. Rechtsgrundlage ist Art. 194 Abs. 2 AEUV; der Energiebereich unterliegt gemäß Art. 4 Abs. 2 lit. i AEUV der geteilten Zuständigkeit zwischen Union und Mitgliedstaaten. Die Großkanzlei Gleiss Lutz beurteilt COM (2026) 600 insbesondere mit Blick auf die deutsche Industrie kritisch, da die unionsrechtlich intendierte Vereinheitlichung der Netzentgelt-Methodiken den nationalen Gestaltungsspielraum für industriepolitisch motivierte Entlastungen, insbesondere im Bereich der Bandlast- und atypischen Netznutzung, substantiell verengen könnte. Sonderregelungen für energieintensive Unternehmen sollen künftig zudem stärker an den

nachweisbaren Auswirkungen ihres Verbrauchs auf die Netzkosten ausgerichtet werden. Hieraus erwächst eine eigenständige Subsidiaritätsthematik: Zwar lässt sich angesichts der grenzüberschreitenden Verflechtung des Elektrizitätsbinnenmarktes ein unionsweiter Regelungsbedarf grundsätzlich begründen; gleichwohl ist zu prüfen, ob die weitreichende Vereinheitlichung der nationalen Netzentgelt-Methodiken zur Erreichung der unionsrechtlichen Zielsetzungen tatsächlich erforderlich und verhältnismäßig ist oder die mitgliedstaatlichen Regelungsspielräume über das hierfür Erforderliche hinaus beschränkt. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich im Bundesrat, bei der Bundesregierung und gegenüber den Organen der Europäischen Union für eine eingehende Prüfung der Vereinbarkeit von COM (2026) 600 mit dem Subsidiaritätsprinzip einzusetzen und den Vorschlag folgerichtig bis zum Abschluss dieser Prüfung unter Subsidiaritätsbeobachtung zu stellen.